

Bekanntmachung

über die Speisekartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916
Vom 7. Februar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I. Versorgungs- und Verbrauchsregelung.

§ 1. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die für die Ernährung der Bevölkerung bis zur nächsten Ernte erforderlichen Mengen an Speisekartoffeln nach den Vorschriften dieser Verordnung zu beschaffen, soweit der Bedarf nicht aus den in ihren Bezirken verfügbaren Vorräten gedeckt werden kann. Die Kommunalverbände müssen die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln nach der Bekanntmachung vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 728) zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607) regeln; die Vorschrift in § 15 b der Bekanntmachung vom 4. November 1915 bleibt unberührt.

Der Reichskanzler kann Grundsätze für die Berechnung des Bedarfs festsetzen.

§ 2. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, am 24. Februar 1916 festzusetzen:

1. welche Mengen von Kartoffeln innerhalb des Kommunalverbandes im Gewahrsam der Gemeinden, Händler, Verbraucher und der Vereinigungen von solchen vorhanden sind. Mengen unter 10 Kilogramm sind dabei außer Betracht zu lassen, soweit nicht die Landeszentralbehörden etwas anderes bestimmen;
2. welche Mengen von Kartoffeln die Handel- und Gewerbetreibenden, die ihre gewerbliche Niederlassung im Kommunalverbände haben, auf Grund rechtsgültiger Lieferungsverträge zu fordern berechtigt und zu liefern verpflichtet sind.

Das Ergebnis der Feststellung ist der Reichskartoffelstelle spätestens zum 10. März anzuzeigen.

Der Reichskanzler kann die Ermittlung der im Gewahrsam der Kartoffelerzeuger befindlichen Vorräte anordnen.

§ 3. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, den Festbedarf bei der Reichskartoffelstelle bis zum 10. März 1916 anzumelden. Die Reichskartoffelstelle kann die Lieferung der von ihr festgesetzten und dem Bedarfsverbände zugewiesenen Kartoffelmengen einem Uebernahmeverbände oder einer von ihr mit der Vermittlung der Kartoffellieferung betrauten Stelle übertragen oder die Lieferung selbst übernehmen. Die Kommunalverbände sind verpflichtet, die angemeldeten und ihnen von der Reichskartoffelstelle zugewiesenen Mengen am Verladeort abzunehmen oder die Abnahme durch den Abschluß von Lieferungsverträgen mit der ihnen bezeichneten Stelle sicherzustellen und zu überwachen, daß die Kartoffeln ausschließlich zu Speisezwecken Verwendung finden. Die Deeresverwaltungen und die Marineverwaltung können ihren Bedarf an Speisekartoffeln der Reichskartoffelstelle anmelden; sie sind zur Abnahme der angemeldeten Mengen verpflichtet.

§ 4. Die Reichskartoffelstelle kann bestimmen, welche Kartoffelmengen aus einem Kommunalverband an die Reichskartoffelstelle oder die von ihr bestimmten Stellen abzugeben sind. Die Reichskartoffelstelle kann die Bedingungen der Lieferung und Abnahme vorschreiben.

Der Reichskanzler kann Grundsätze über die Verpflichtung der Kommunalverbände und der Kartoffelerzeuger zur Abgabe von Kartoffeln aufstellen.

§ 5. Die Kommunalverbände können die Regelung der Versorgung (§ 1 Abs. 1 Satz 2) den Gemeinden für den Bezirk der Gemeinde übertragen. Gemeinden, die nach der letzten Zählung mehr als zehntausend Einwohner haben, können die Uebertragung verlangen.

§ 6. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Verwaltungsbehörden können die Art der Regelung (§ 1 Abs. 1 Satz 2, § 5) vorschreiben und Ausnahmen von der Verpflichtung zur Regelung der Versorgung zulassen.

§ 7. Die Kommunalverbände oder diejenigen Gemeinden, denen die Versorgung übertragen ist, können in ihrem Bezirke Lageräume für die Lagerung der Kartoffeln in Anspruch nehmen. Die Vergütung setzt die höhere Verwaltungsbehörde endgültig fest.

II. Uebergangsbestimmungen.

§ 8. Die Kommunalverbände haben, soweit es zur Versorgung der Bevölkerung für die Zeit bis zum 15. März 1916 erforderlich ist, die Kartoffelvorräte, die sich in ihrem Bezirk in Gewahrsam von Händlern befinden, zu übernehmen und in laufende Verträge, die von diesen über Lieferung von Kartoffeln abgeschlossen und vor dem 15. März 1916 zu erfüllen sind, einzutreten;

ausgenommen sind Verträge mit den Deeresverwaltungen und der Marineverwaltung.

Die Händler sind zur künftigen Ueberlassung verpflichtet. Er folgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so gilt § 14 der Bekanntmachung vom 4. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 728).

III. Schlußbestimmungen.

§ 9. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Sie bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde, als Kommunalverband oder als Gemeinde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist. Die Landeszentralbehörden können anordnen, daß die den Gemeinden auferlegten Verpflichtungen anstatt von den Gemeinden von deren Vorstand zu erfüllen sind.

§ 10. Wer den Anordnungen zuwiderhandelt, die ein Kommunalverband oder eine Gemeinde, der die Versorgung übertragen ist, auf Grund dieser Verordnung erlassen hat, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 11. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung gestatten.

§ 12. Die Abschnitte II, III und IV der Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung vom 9. Oktober 1915 treten mit Ausnahme des § 23 mit dem Beginne des 15. März 1916 außer Kraft.

§ 13. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 7. Februar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Debrück.

Bekanntmachung

über die Speisekartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916.
Vom 10. Februar 1916.

Auf Grund des § 9 der Verordnung des Bundesrats über die Speisekartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916 vom 7. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 86) wird folgendes bestimmt:

- § 1. Im Sinne der Verordnung ist anzusehen:
- a) als höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuß;
 - b) als Kommunalverband der Kreis mit der Maßgabe, daß die Kreise Darmstadt, Dieburg und Groß-Veran zum Kommunalverband Darmstadt, die Kreise Offenbach, Biedingen und Friedberg zum Kommunalverband Offenbach und die Kreise Mainz, Alzen, Bingen und Oppenheim zum Kommunalverband Mainz vereinigt werden;
 - c) als Gemeinde jeder im Sinne des Artikels 1 der Städte- und Landgemeindeordnung gebildete Verband.

§ 2. Die den Gemeinden auferlegten Verpflichtungen sind anstatt von den Gemeinden von deren Vorstand zu erfüllen.

§ 3. Diese Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 10. Februar 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Homberg.

Krämer.

Bekanntmachung

betreffend die Einfuhr von Kartoffeln. Vom 7. Februar 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Kartoffeln, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung aus dem Auslande eingeführt werden, sind an die Reichskartoffelstelle in Berlin zu liefern.

§ 2. Als Ausland im Sinne der vorstehenden Bestimmung gilt nicht das besetzte Gebiet.

§ 3. Der Reichskanzler kann die näheren Bedingungen für die Lieferung festsetzen und erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft, und daß neben der Strafe die Kartoffeln, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 4. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen und bestimmen, unter welchen Bedingungen die Verordnung auf die Durchfuhr keine Anwendung findet.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 7. Februar 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Debrück.

Ambosse, Andruckstößchen, Blumenzangen, Bohrwirbeln, Biege-
böcken, Drillbohrdreher, Durchschläger, Gartenschere, Glaser-
schraube, Glaser-Tiefmesser, Gewindebohrer bis 3 mm Durch-
messer, Hammer im Städtengewicht bis 500 Gramm, Handbohr-
bohrbohrer, Kindergartengeräte, Kissenöffner, Klebstreifen,
Kleber, Laubfänger, Leisten, Maurerkellen, Möbelschrauben,
Nagelstreicher, Ofenröhren, Plombierzangen, Pflanz-
gabeln und Pflanzschneidmesser, Reibmaschinen bis 3 mm Durchmesser,
Reinigungs-, Rohrreiniger, Schaber, Spitzwerkzeug, Scheren,
Sägen nicht zum Draht- oder Bleischnitten geeignet, Schnei-
den, Windeisen, Zanker und Baden zu Gewindebohren und
Bohren bis 3 mm Durchmesser und zu Spiralbohren bis
2 mm Durchmesser, Schneidenbohrer für Handbetrieb, Schraub-
schlüssel, Schraubenzieher, Schreifteller, Sperrhölzer, Spiralbohrer
1,2 mm Durchmesser, Steinbohren, Steinbohrzangen, Weistafeln

Zaſter, Wabenzangen, Wiegemesser, Zahlen- und Buchſtabenſtempel, Viehſtlingen, Zirkel, Roſtſtücke, Zunderzangen.
Berlin, den 6. Februar 1916.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung

Über Auskunſterteilung auf Grund der Verordnung, betreffend private Schwefelwirtsſchaft, vom 13. November 1915. (Reichs-Geſetzblatt S. 761).

Gemäß § 3 der Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtsſchaft vom 13. November 1915 (Reichs-Geſetzblatt S. 761) ſind die für die Berechnung der Umlage erforderlichen Auskünſte hiñſichtlich der im Januar 1916 erzeugten Mengen Schwefelſäure und Oleum und abgeſaſſenen Säuren bis zum 15. Februar 1916 zu erteilen. Die nach §§ 2 und 3 der Verordnung Melde- und Umlagepflichtigen haben die Zuſtellung von Fragebogen für die Auskunſterteilung unverzüglich bei der Verwaltungsſtelle für private Schwefelwirtsſchaft, Berlin W. 66, Mauerſtraße 63/65 zu beantragen, ſoweit ſie ihnen nicht unmittelbar zugegangen ſind.

Die Umlage iſt zu entrichten, ſoweit nicht eine Ausnahme gemäß § 10 der Ausführungsbeſtimmungen vom 14. November 1915 (Centralblatt für das Deutſche Reich S. 461) vorliegt,

- a) von den Erzeugern von Schwefelſäure und Oleum für die in der betreffenden Rechnungsperiode verarbeiteten Mengen von Schwefel und ſchwefelhaltigen Rohſtoffen,
- b) von denjenigen Betrieben, in denen Abſäure abfällt, ſoweit ſie aus dem Wirtsſchaftskreis des anerkannten Petreä- und Marinebedarfs heraustritt und in die private Wirtsſchaft übergeht und zwar für die in der betreffenden Rechnungsperiode abfallenden Mengen.

Berlin, den 1. Februar 1916.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung

Auf Grund des § 2 der Kaiſerlichen Verordnungen vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohſtoffen, die bei der Verſtellung und dem Betriebe von Gegenſtänden des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, bringe ich nachſtehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von:

Portland-, Roman-, Puzzolan-, Magnesia-, Schlacken- und dergleichen, ungemahlen, gemahlen, geſtampt oder Nummer 230 a des Statiſtiſchen Warenverzeichniſſes, gemahlenem Kalk, Tripolith der Nummer 230 b des Statiſtiſchen Warenverzeichniſſes.

Berlin, den 6. Februar 1916.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung

Betr.: Die Abhaltung von Viehmärkten im Kreiſe Gießen.
Mit Genehmigung Großherzoglichen Miniſteriums des Innern vom 2. d. Mäz. zu Nr. M. d. S. II. 584, wird die Abhaltung von Viehmärkten im Kreiſe Gießen wieder geſtattet, ſofern nicht im Einzelfalle der Markt nach § 168 der Bundesratsvorſchriften zum Reichsviehſeuchengeſetz verboten werden muß.

Gießen, den 10. Februar 1916.

Großherzogliches Kreiſsamt Gießen.
Dr. Uſinger.

Betr.: Wie oben.

An den Oberbürgermeiſter zu Gießen und die Groß-
bürgermeiſterei der Landgemeinden des Kreiſes.

Unter Hinweis auf vorſtehende Bekanntmachung ordnen wir an, daß uns jede geplante Abhaltung eines Viehmarktes in Ihrer Gemeinde wenigſtens 1 Woche vorher berichtſtätig anzuzeigen iſt, damit wir notfalls das Erforderliche veranlaſſen können.

Gießen, den 10. Februar 1916.

Großherzogliches Kreiſsamt Gießen.
Dr. Uſinger.

An den Oberbürgermeiſter zu Gießen und die Groß-
bürgermeiſterei der Landgemeinden des Kreiſes.

Zur ſchnelleren und ſichereren Erledigung der in übergroßer Zahl einlaufenden Anträge auf Kriegsgefangene für landwirtſchaftliche Arbeiten weiſen wir Sie im Anſchluß an unſer Ausſchreiben vom 20. Januar 1916 (Kreiſsbl. Nr. 7) an, auf folgende von der Inſpektion der Kriegsgefangenenlager angeführten Punkte genaueſtens zu achten:

1. Sie müſſen ſich rechtzeitig mit ſämtlichen Gemeindegliedern über die Notwendigkeit und Anzahl der einzutellenden Kriegsgefangenen ins Einvernehmen ſetzen und ihre Geſuch an uns erſt dann abgeben, wenn ſich alle Gemeindeglieder über alle Punkte klar ſind. Inſolge Arbeitsüberhäufung bei der Inſpektion können Vermerken der einmal beſtellten Anzahl nicht mehr berückſichtigt werden.
2. Sie müſſen verhindern, daß verſchiedene Gemeindeglieder deſſelben Ortes ſelbſtändig Gefangene bei der Inſpektion anfordern. Es iſt ſogar vorgekommen, daß die Bürgermeiſterei ſelbſt zwei Anträge in derſelben Sache, einen an das Kreiſsamt, den anderen an die Inſpektion richteten.

Derartig verſetzte Anträge erſchweren der Inſpektion die Arbeit außerordentlich und verzögern hierdurch unheilbar die Geſtellung. Es muß ein einziger Antrag über das Kreiſsamt an die Inſpektion gerichtet werden, wofür er dann ſo ſchnell wie möglich erledigt wird. Direkte Anträge an die Inſpektion werden ohne Ausnahme dem Kreiſsamt überſandt, bedeuten alſo eine unnötige Verzögerung. Auch Beſuche bei der Inſpektion ſind zwecklos.

Es wird dann noch bemerkt, daß Deutſchruſſen nicht mehr zur Verfügung ſtehen. Um einzelnen Landwirten helfen zu können, müſſen alſo Gefangene anderer Nationalität genommen werden. Der Vorrat in den Gefangenenlagern von zuverlässigen Leuten, die ohne militärische Bewachung abgegeben werden können, iſt ebenfalls erſchöpft. Es kommen für ſolche Geſtellungen alſo nur noch Gefangene in Betracht, die den Arbeitgebern vom Vorjahre als zuverlässig und geeignet bekannt ſind, und hierher namhaft gemacht werden, oder aber Gefangene, welche in anderen Orten der Nachbarschaft oder des Kreiſes jezt noch unter militärischer Bewachung beſchäftigt und geeignet ſind, und im Interelle notleidender Landwirte dieſen zur Beſchäftigung ohne militärische Bewachung abgegeben würden.

Gießen, den 10. Februar 1916.

Großherzogliches Kreiſsamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Bekanntmachung

Unter Hinweis auf § 2 Abſ. 1 der Bundesratsverordnung vom 15. Juli 1915 (Gießener Anzeiger vom 21. Juli 1915 Nr. 169) erinnern wir die Anzeigepflichtigen an alſobaldige Einſendung des Verzeichniſſes über Delſrüchte an den Kriegs-
ausſchuß für pflanzliche und tieriſche Fette und Öle in Berlin W. 8, Franzöſiſche Straße 63. Formulare für die verſchiedenen Delſrüchte ſind von der Registratur des Kreiſsamts erhältlich.

Gießen, den 11. Februar 1916.

Großherzogliches Kreiſsamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Wie oben.

An den Oberbürgermeiſter zu Gießen und die Groß-
bürgermeiſterei der Landgemeinden des Kreiſes.

Die Beſitzer von Delſrüchten wollen Sie auf vorſtehend erwähnte Verpſichtung hinweiſen.

Gießen, den 11. Februar 1916.

Großherzogliches Kreiſsamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Fortbildungſchule.

An die Schulvorſtände des Kreiſes.

Wir empfehlen Ihnen, die Fortbildungſchulen, nachdem die feſtgeſetzte Stundenzahl gehalten worden iſt, mit einer durch die Lehrer vorzunehmenden Prüfung zu ſchließen.

Bis ſpäteſtens 15. März l. Jz. ſehen wir Ihren Berichten über folgende Punkte entgegen:

1. Zahl der:
 - a) Klaſſen, b) Lehrer, c) Schüler, d) Stunden pro Woche, e) Stunden im ganzen;
2. Betragen der Schüler;
3. Leiſtungen der Schüler;
4. Zahl der Schüler nach dem Berufe:
 - a) Landwirte, b) Kaufleute, c) Handwerker, d) Fabrikarbeiter;
5. Verſäumnisse:
 - a) erlaubte, b) wegen Krankheit, c) unerlaubte. (Es iſt die wirkliche Anzahl, nicht der Prozentsatz der Verſäumnisse anzugeben.)
6. Vergütung:
 - a) pro Stunde, b) im ganzen;
7. Unterrichtszeit:
 - a) Wochentage, b) Lage der Stunden.

Gießen, den 5. Februar 1916.

Großherzogliche Kreiſsschulkommiſſion Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Der Anbau von Frühkartoffeln.

An den Oberbürgermeiſter zu Gießen und die Groß-
bürgermeiſterei der Landgemeinden des Kreiſes.

Inſolge der ſehlenden Zufuhr vom Ausland wird es im kommenden Frühjahr notwendig ſein, wiederum im größeren Umfang Frühkartoffeln anzubauen. Es iſt aber dringend zu wünſchen, daß nur dort Frühkartoffeln angebaut werden, wo Boden- und klimatiſche Verhältniſſe dem Anbau der Frühkartoffeln günſtig ſind, da ſonſt leicht die Erträge nicht die angewandte Arbeit und Koſten decken dürften.

Die bei dem Anbau von Frühkartoffeln in Betracht kommenden Geſichtspunkte ſind von dem Leiter der Deutſchen Kartoffel-Kultur-Station in Berlin, Profeſſor Dr. v. Edenbrecher, in einem Flugblatt zuſammengeſtellt, das ſoeben in einer neuen Auflage erſchienen und durch die Geſchäftſtelle der Geſellſchaft zur Förderung des Baues und der wirtsſchaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln in Berlin W. 9, Eichhornſtraße 6 II zu beziehen iſt. Der Preis des einzelnen Flugblattes beträgt 5 Pfg., bei Bezug

von 2-99 Abdrucken 4 Bfg., bei Bezug von 100 Abdrucken und mehr 3 Bfg.

Wir empfehlen, die in Betracht kommenden Kreise auf das Erscheinen des Flugblattes aufmerksam zu machen und für seine Verbreitung zu sorgen.

Gießen, den 14. Februar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Öffentliche Aufforderung.

Betr.: Regelung der Beschaffung, des Abjages und des Preises von lebendem Vieh.

Auf Grund der für die Regelung des Viehkaufs in der Provinz Oberhessen erlassenen Satzung vom 12. ds. Mts., abgedruckt im Kreisblatt Nr. 13 vom 14. ds. Mts., fordern wir hiermit zur Anmeldung unter genauer Angabe von Name, Ort der gewerblichen Niederlassung oder Sitz bis spätestens zum 18. ds. Mts. bei uns an:

1. alle Viehhändler (auch Viehkommissionäre), die im Kreise ihre gewerbliche Niederlassung und bereits vor dem 1. Juli 1914 Viehhandel im Hauptberuf getrieben haben,
2. die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die den Handel oder den Kommissionshandel mit Vieh betreiben und ihren Sitz im Kreise haben.

Gleichzeitig ist Name, Stand und Wohnort desjenigen anzugeben, dem die Ausweisurkunde ausgestellt werden soll.

Die Viehhändler und die genannten landwirtschaftlichen Genossenschaften haben ihrer Anmeldung eine Erklärung darüber beizufügen, ob mit ihrem Gewerbebetrieb eine Wurst- oder Konservenfabrik verbunden ist.

Zur Erlangung von Nebenkarten ist seitens des Antragstellers Name, Stand und Wohnort desjenigen genau anzugeben, auf den die Nebenkarte ausgestellt werden soll.

Zur Anmeldung sind nicht verpflichtet Händler, die nur mit Pferden handeln, und die unter § 7 der Satzung fallenden Händler mit Ferkeln und Lämmerchen.

Als freiwillige Verbandmitglieder kommen die in § 4 der Satzung Genannten in Betracht. Sie haben mit Ausnahme der unter Ziffer 2 daselbst aufgeführten lediglich eine Erklärung darüber abzugeben, ob mit ihrem Gewerbebetrieb eine Wurst- oder Konservenfabrik verbunden ist. Die unter Ziffer 2 Genannten dagegen haben außerdem eine Bescheinigung über die Höhe ihres Betriebskapitals vorzulegen, sowie darüber, ob sie vor dem 1. Juli 1914 den Viehhandel im Hauptberuf betrieben haben.

Gießen, den 14. Februar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Betr.: Ferkelverfahren.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Die Ferkelregister sind bis spätestens zum 26. d. Mts. an die Herren Amtsanwälte einzusenden. Einhaltung des Termins wird Ihnen zur Pflicht gemacht.

Gießen, den 10. Februar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maßregeln gegen die Maul- und Klauenseuche.

Wir bringen zur allgemeinen Kenntnis, daß auf Grund der im Reichsanzeiger veröffentlichten Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche vom 31. Januar 1916 als verheut zu gelten haben:

1. Im Großherzogtum die Kreise Darmstadt, Bensheim, Dieburg, Erbach, Heppenheim, Nidda, Büdingen, Friedberg, Mainz, Bingen, Oppenheim, Worms.
2. Im Reichsgebiet alle Bezirke mit Ausnahme von Konstanz, Lübeck in Oldenburg, Birkensfeld, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß a. L., Schaumburg-Lippe, Lübeck.

Gießen, den 11. Februar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Kreise Friedberg.

In Feldbergen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 10. Februar 1916.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Leihgestern; hier: Drainagen.

In der Zeit vom 23. Februar bis einschließlich 7. März l. J. liegt auf Großh. Bürgermeisterei Leihgestern ein Projekt über

Aus- und Durchführung einer Drainage in Flur IX nebst Beschluß vom 12. Januar d. J. zur Einsicht der Beteiligten offen. Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschusses während der Offenlegungszeit bei Großh. Bürgermeister Leihgestern schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 5. Februar 1916.
Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissar:
Schnittspahn, Regierungsrat.

Märkte.

1c. Frankfurt a. M. Viehhoftmarktbericht vom 14. Febr. Auftrieb: Rinder 1022 (darunter Ochsen 253, Bullen 61, Kühe und Färsen 708), Kälber 166, Schafe 71, Schweine 302.

Marktoverlauf: Markt wird bei lebhaftem Handel geräumt. Preise für 100 Pfd. Lebend- Schlachtgewicht

Ochsen.	Mt.	Mt.
Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, 4-7 Jahre alt.	88-123	160-225
Junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	81-110	150-200

Bullen.	Mt.	Mt.
Vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes, jüngere	118-118	195-205
	108-112	195-202

Färsen, Kühe.	Mt.	Mt.
Vollfleischige ausgem. Färsen höchst. Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	95-110	175-205
Vollfleischige ausgem. Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	95-110	175-205
Wenig gut entwickelte Färsen	85-95	170-190
Ältere ausgemästete Kühe	75-80	150-160
Mäßig genährte Kühe und Färsen	65-75	130-150
Gering genährte Kühe und Färsen	58-64	132-145

Kälber.	Mt.	Mt.
Mittlere Mast- und beste Saugkälber	110-120	183-200
Geringere Mast- und gute Saugkälber	100-110	169-186

Schafe.	Mt.	Mt.
Weidemastschafe.		
Mastlämmer und jüngere Mastlamm	87-00	190-00

Schweine.	Mt.	Mt.
Vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	108.00-00.00	—
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgewicht	93.00-00.00	—
Vollfleischige Schweine von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	118.00-118.50	—
Vollfleischige Schweine von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	129.00-00.00	—

1c. Frankfurt a. M., 14. Febr. Frucht- und Futtermittelmarkt. Bei äußerst ruhigem Verkehr ist die Stimmung für gute Futtermittel sehr fest bei fast keinem Angebot und weniger Nachfrage. Preise lassen sich nicht feststellen.

1c. Frankfurt a. M., 14. Febr. Kartoffelmarkt. Kartoffeln ab Verandstation in loser Ladung 6,10 Mt. per 100 Kilo.

1c. Wiesbaden. Viehhoftmarktbericht vom 14. Febr. Auftrieb: 561 Rinder (darunter 97 Ochsen, 39 Bullen, 428 Kühe und Färsen), 300 Kälber, 79 Schafe, 227 Schweine.

Marktoverlauf: Bei vermehrtem Auftrieb, trotz hoher Preise, bleibt nur geringer Ueberstand. Preise für 100 Pfd. Lebend- Schlachtgewicht

Ochsen.	Mt.	Mt.
Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes im Alter von 4-7 Jahren	108-116	200-220
Junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	100-107	185-200

Bullen.	Mt.	Mt.
Vollfleischige, ausgew. höchsten Schlachtwertes	95-105	180-195
Vollfleischige jüngere	88-95	165-180

Färsen, Kühe.	Mt.	Mt.
Vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes	108-116	200-220
Vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	95-100	180-190
Wenig gut entwickelte Färsen	100-107	190-198
Ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe	85-95	170-180
Mäßig genährte Kühe und Färsen	70-85	150-170

Kälber.	Mt.	Mt.
Feinste Mastkälber	120-00	200-00
Mittlere Mast- und beste Saugkälber	110-120	184-200
Geringere Mast- und gute Saugkälber	105-110	175-184
Geringere Saugkälber	95-105	165-175

Schweine.	Mt.	Mt.
Vollfleischige Schweine von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	118,80	—
Vollfleischige Schweine unter 80 kg Lebendgew.	129,60	—